

Bezeichnung des Antrages:

**Ziele der Gemeinwohlökonomie auf allen politischen Ebenen
vertreten und durch Rechte für Tiere und Natur
als Rechtssubjekte weiterentwickeln**

Antragstellend: Bundesvorstand

Antragstext:

Der 46. Bundesparteitag der PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ möge beschließen,
folgende Absätze dem Punkt 9.1 unseres Grundsatzprogramms als Punkt 9.1.2
Gemeinwohlökonomie hinzuzufügen und die vorherigen Absätze als 9.1.1 Soziale und ökologische
Marktwirtschaft aufzuführen:

9.1.2 Gemeinwohlökonomie

Die PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ möchte die inhaltlichen Ziele der Gemeinwohlökonomie auf allen politischen Ebenen vertreten und durch Rechte für Tiere und Natur als Rechtssubjekte weiterentwickeln. Die Gemeinwohlökonomie setzt sich für eine nachhaltige und solidarische Wirtschaftsordnung ein. Durch die Förderung von ökologischer Nachhaltigkeit, sozialer Gerechtigkeit, demokratischer Mitbestimmung und transparenten Entscheidungsprozessen kann die Gemeinwohlökonomie auf verschiedenen Ebenen dazu beitragen, die Welt im Sinne unserer ethischen Vorstellung besser zu machen: Soziale Gerechtigkeit: Die Gemeinwohlökonomie setzt sich für eine gerechte Verteilung von Wohlstand und Ressourcen ein. Durch die Förderung fairer Arbeitsbedingungen, gerechter Löhne und sozialer Sicherheit können die Einkommens- und Vermögensunterschiede in der Gesellschaft verringert werden. Dies trägt dazu bei, Armut und Ausgrenzung zu bekämpfen und die Lebensqualität für alle Menschen zu verbessern. Demokratische Mitbestimmung: Die Gemeinwohlökonomie fördert eine demokratische Mitbestimmung, indem sie sich dafür einsetzt, dass Bürgerinnen und Bürger in Entscheidungsprozesse einbezogen werden. Durch die Stärkung von Partizipation, Transparenz und Offenheit kann die Gemeinwohlökonomie dazu beitragen, das Vertrauen in die Demokratie zu stärken und die politische Teilhabe der Bürger:innen zu fördern. Rechte der Tiere: Die Gemeinwohlökonomie muss jedes empfindungsfähige Lebewesen als Individuum anerkennen, das natürliche Rechte auf Unversehrtheit, Freiheit und Wohlbefinden hat. Ausbeutung und Quälerei von Tieren darf durch keine rechtlichen oder ökonomischen Ausnahmegründen mehr ermöglicht werden. Rechte der Natur: Die Gemeinwohlökonomie fördert nachhaltige Produktions- und Konsumpraktiken, die die Umwelt schützen und den Klimawandel begrenzen. Durch die Förderung von erneuerbaren Energien, Energieeffizienz sowie Kreislaufwirtschaft trägt sie dazu bei, die Umweltbelastung zu reduzieren und die natürlichen Ressourcen zu schonen. Die Natur muss Rechtssubjektstatus erhalten, um sie effektiv vor Eingriffen und Zerstörung bewahren zu können. Durch die Begrenzung der Klimawandelauswirkungen ist auch intergenerationale Gerechtigkeit gewährleistet. Ein wichtiges Instrument, um diese Ziele zu erreichen, ist die Gemeinwohl-Bilanzierung, welche die Tierschutzpartei im öffentlichen sowie privatwirtschaftlichen Bereich etablieren möchte. Unternehmen und Organisationen sollen sich anhand der Gemeinwohl-Bilanz messen und sich dazu verpflichten, ihre Geschäftspraktiken im Einklang mit den Prinzipien der Gemeinwohlökonomie auszurichten. Öffentliche Aufträge und Gelder sollen anhand der Gemeinwohl-Bilanzierung vergeben werden.

Begründung des Antrags:

Die Gemeinwohlökonomie setzt sich für eine nachhaltige und solidarische Wirtschaftsordnung ein. Durch die Förderung von ökologischer Nachhaltigkeit, sozialer Gerechtigkeit, demokratischer Mitbestimmung und transparenten Entscheidungsprozessen kann die Gemeinwohlökonomie auf verschiedenen Ebenen dazu beitragen, die Welt im Sinne unserer ethischen Vorstellung besser zu machen und Synergien auf andere wichtige Themen in unserem Grundsatzprogramm entwickeln. Die GWÖ bietet einen Rahmen, um unsere Werte weiter zu stärken und zu fördern. Durch die Unterstützung der GWÖ könnten wir bestehenden Ziele und Forderungen im Bereich Umwelt- und Tierschutz ergänzen und erweitern.



Paula López Vicente 11089
Bundesvorsitzende



Dr. Marcel Krohn 11092
Bundesvorsitzender



Robert Gabel 10188
Bundesvorsitzender